

20.04.2021

# Antrag

der Fraktion der SPD

## Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen

### I. Ausgangslage

Die Corona-Krise muss ein Wendepunkt für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und Nordrhein-Westfalen sein. Es gibt neue Arbeitsbeziehungen, einen enormen Digitalisierungsschub und einen neuen Blick auf die Bedeutung des Staates für Innovation, Wachstum und Vollbeschäftigung. Die Pandemie hat Entwicklungen beschleunigt, die wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich schon vor der Corona-Krise angelegt waren. Die fortschreitende Digitalisierung von Handel und Produktionsprozessen verlangt eine neue Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Der auch ökonomisch notwendige Wandel zu einer klimaneutralen Industrie hat nichts an seiner Dringlichkeit verloren. Im Gegenteil. Gleichzeitig hat die Pandemie die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt verstärkt. Die Unterbezahlung und mangelnde soziale Sicherheit von Berufen, die für ein funktionierendes Alltagsleben „systemrelevant“ sind, ist offenkundig geworden.

Die aktuelle Krise unterscheidet sich strukturell von der letzten Krisenerfahrung, der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von vor über 10 Jahren. In der Corona-Pandemie kommt es durch große Arbeitsausfälle und massive Störungen in den Lieferketten und auf den Abnahmemärkten zu unmittelbaren realwirtschaftlichen Verwerfungen. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit ist sprunghaft gestiegen. Prekär Beschäftigte werden noch weiter an den Rand gedrängt oder werden arbeitslos. Geringqualifizierte sind noch häufiger von Entlassungen betroffen. Es hat sich in diesem Zusammenhang bewährt, sinnvolle und sozial abgesicherte Tätigkeiten in einem sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen.

Deutschland und Nordrhein-Westfalen haben es somit mit drei großen Herausforderungen zu tun: Die unmittelbaren Folgen der Corona-Pandemie auf Konjunktur und Arbeitsmarkt, die schon länger bestehenden Missstände auf dem Arbeitsmarkt und beim Arbeitsschutz sowie die Digitalisierung und Dekarbonisierung von Handel und Industrie.

Daher gilt es, die Folgen der alle wirtschafts- und gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Corona Krise zu bekämpfen und dann aus dieser Entwicklung zu lernen. Es gilt, gesellschaftliche Zukunftsentwürfe zu entwerfen und notwendige Entscheidungen zu treffen: Für eine resilientere Wirtschaft mit stabilen Lieferketten und sicherer Grundstoffversorgung, für mehr Leistungsgerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, für mehr Lebensqualität und für die gute Arbeit von morgen in einem modernen, klimaneutralen Industrieland.

Aus der ökologischen Krise und den daraus erwachsenden internationalen Verpflichtungen zu ihrer Lösung folgen ökonomische Notwendigkeiten. Unsere Wirtschaft muss heute

Datum des Originals: 20.04.2021/Ausgegeben: 20.04.2021

klimagerecht umgestaltet werden, wenn sie zukunftsfähig bleiben soll. Klimaschutz ist Innovations- und Jobmotor, wenn man ihn gemeinsam angeht. Industrie und industriennahe Dienstleistungen sind keine Hindernisse auf dem Weg einer klimaneutralen Wirtschaft. Im Gegenteil: Sie sind der wichtigste Teil der Lösung und müssen deshalb bei der Bewältigung der Transformation unterstützt werden.

Der notwendige Umbau wird gelingen, wenn er nicht zu Lasten der Einkommen und Sicherheiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Normal- und Geringverdienern geht. Den Ansprüchen der Beschäftigten auf Mitgestaltung und auf (materielle) Anerkennung ihrer Leistungen muss durch die Stärkung der Gewerkschaften und der betrieblichen Mitbestimmung entsprochen werden. Die Wirtschaftspolitik des Landes muss die Interessen aller Menschen berücksichtigen, die Sorge um ihren Arbeitsplatz haben, die schwere Einkommenseinbußen erlitten haben oder deren Lebensqualität unter den Folgen des Klimawandels besonders beeinträchtigt ist. Erst soziale Sicherheit, Beschäftigung in guter Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit schaffen die gesellschaftliche Akzeptanz für den ökologischen und ökonomischen Fortschritt in eine gute und bessere Zukunft für alle.

Gleichzeitig ist es wichtig die Menschen dabei zu unterstützen, diesen Wandel aktiv mitgestalten zu können. Qualifizierung und Weiterbildung verbessern die Chancen auf ein erfolgreiches Erwerbsleben enorm und nutzen den Unternehmen, weil sie dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Es geht um die Verbesserung sozialer Standards, gute Arbeitsbedingungen und Löhne, Mitbestimmung und mehr Möglichkeiten für Wohlstand und Lebensqualität. Dies sind die Kennzeichen einer neuen Phase der Prosperität, die sozial und ökologisch erzeugten Wohlstand für die Vielen mit sich bringt.

Um diese Ziele zu erreichen braucht Nordrhein-Westfalen einen sozialen Neustart. Ein sozialer Neustart braucht eine neue Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die auf öffentliche Investitionen in den Fortschritt setzt, die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schützt und für Gleichberechtigung der Geschlechter sorgt.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

- Nordrhein-Westfalen wird bis 2030 ein Land mit Vollbeschäftigung bei hohen Löhnen, mehr Lebensqualität und weniger Ungleichheit werden, wenn zwei wesentliche Bedingungen erfüllt sind:

Erstens: Nordrhein-Westfalen begegnet den ökonomischen Herausforderungen der Klimakrise und der Digitalisierung mit einer aktiven Industriepolitik sowie massiven Investitionen in die Technologien und Arbeitsplätze von morgen. Marktmechanismen allein werden weder den Klimawandel schnell genug stoppen, noch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sicherheit im Wandel gewährleisten können. Dazu fehlt es an Zeit und an Kapital. Es müssen neue Perspektiven eröffnet werden: Der sozial-ökologische Umbau und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der NRW-Wirtschaft werden nur gelingen, wenn die damit verbundenen Risiken, die private Investorinnen und Investoren nicht allein eingehen können oder wollen, mit einem staatlichen Stabilitätsfonds abgesichert werden.

Zweitens: Nordrhein-Westfalen bekämpft die bestehenden - und durch die Corona-Pandemie verschärften - Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, indem es durch seine Politik mehr Mitbestimmung, Tarifbindung und Geschlechtergerechtigkeit herstellt, das

Lohnniveau hebt und den Niedriglohnsektor zurückdrängt. Die Löhne im unteren Einkommensdrittel und insbesondere in von Frauen dominierten Berufen müssen steigen.

- Der sozial-ökologische Umbau der NRW-Wirtschaft ist eine ökologische und ökonomische Notwendigkeit. Er kann nicht ohne Umbrüche, aber sehr wohl ohne soziale und ökonomische Verwerfungen gelingen. Klimaschutz ist ein Fortschrittmotor für neue und sichere Arbeitsplätze und Innovationen in Handwerk, Handel und Industrie, wenn die öffentliche Hand
  - erstens: den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft durch Forschungsförderung, Investitionshilfen für ökologische Technologien (insbesondere CO<sub>2</sub>-Einsparungen in Unternehmen und Privathaushalten) sowie durch strategische Unternehmensbeteiligungen in Übergangsphasen unterstützt.
  - zweitens: durch eigene Aufträge, Ausschreibungen und neue Standards - unter Einhaltung von Tariftreue bei der Vergabe - einen Nachfrageboom nach sozialverträglich erzeugten, klimafreundlichen Produkten und Technologien auslöst.
  - drittens: den Unternehmen durch fortlaufend hohe Investitionen in ökologische und digitale Infrastrukturen - wie Energie-, Daten- und Verkehrsnetze - Planungssicherheit gibt
- Nordrhein-Westfalen verfügt mit der „Innovation City Bottrop“ über ein Modellprojekt für den sozial-ökologischen Fortschritt mit weltweiter Strahlkraft. Es zeigt, wie CO<sub>2</sub>-Reduktion ökologisch, wirtschaftlich und sozial erfolgreich sein kann. Festzustellen ist aber auch, dass die gegenwärtige Landesregierung das Modellprojekt „Innovation City Bottrop“ nur unzureichend weiterentwickelt hat und somit die Chance einer effizienten und lebensqualitätssteigernden Klimaanpassung im Quartier sowie für zukunftsfähige Arbeitsplätze brachliegen lässt.
- Nordrhein-Westfalen wird neue Energie- und Rohstoffinfrastrukturen aufbauen müssen. Nordrhein-Westfalen verfügt über dichte Wertschöpfungsketten, gerade in der Grundstoffindustrie. Von der ersten chemischen Reaktion bis hin zum verkaufsfertigen Produkt: In Nordrhein-Westfalen sind komplexe Wertschöpfungsketten in allen Stufen vorzufinden. Damit Wertschöpfungsketten, z.B. in der chemischen Industrie, erhalten bleiben, muss eine ausreichende und wettbewerbsfähige Versorgung mit erneuerbarer Energie und Wasserstoff sichergestellt werden. Andernfalls droht nicht nur die Abwanderung niederer Wertschöpfungsstufen, sondern auch die darauf aufbauenden Produktionsprozesse. Zirkuläre Wertschöpfung bietet die Chance auf weniger Importabhängigkeit bei Rohstoffen und einen geringeren Ressourcenverbrauch und gute Arbeitsplätze in NRW.

Dazu gehört:

- eine Wasserstoffinfrastruktur und die auskömmliche und wettbewerbsfähige Versorgung mit Wasserstoff, die die Grundlage einer nachhaltigen Industrie mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen sein wird. Hier muss die Industrie eine klare Priorität z. B. gegenüber der privaten Mobilität haben.
- der Aufbau von zirkulären Wertschöpfungsketten, die umweltfreundliche und ökonomisch nachhaltige Nutzung von Rohstoffen möglich macht. Vielversprechende Ansätze einer Kreislaufökonomie sind bereits vorhanden.

- Erhalt und Ausbau von Wertschöpfungsketten durch attraktive Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung, z. B. durch die Sicherstellung einer soliden und auskömmlichen Versorgung mit erneuerbarer Energie und Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen.
- Ökologischer und ökonomischer Fortschritt kann nur mit sozialer Gerechtigkeit erreicht werden. Nur soziale Gerechtigkeit schafft Akzeptanz für Veränderung. Wenn es Deutschland und Nordrhein-Westfalen nicht schaffen, die soziale Ungleichheit einzudämmen, dann wird sie die Kraft aus der Gesellschaft saugen, die unser Land für den ökologischen und digitalen Umbau der Wirtschaft braucht.
  - Nordrhein-Westfalen hat mit ca. 23 Prozent aller Beschäftigten einen sowohl im nationalen als auch internationalen Vergleich großen Niedriglohnsektor. 1,7 Millionen Menschen arbeiten zu Bruttostundenlöhnen, von denen sie allein kein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit führen können. Aber auch oberhalb der Niedriglohnschwelle, in der unteren Mittelschicht, verstößt das geringe Lohnniveau gegen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Wie die Corona-Krise gezeigt hat, werden in vielen „systemrelevanten“ Branchen und Berufen nur niedrige Löhne gezahlt und unter schlechten Arbeitsbedingungen gearbeitet.
- Die Hauptleidtragenden des geringen Lohnniveaus sind Frauen, obwohl sie mit ihren Tätigkeiten im Handel, im Gesundheits- oder Sozialwesen zu den Leistungsträgerinnen dieses Landes gehören und mehr Respekt verdienen. Mit 29,5 % sind Frauen in NRW deutlich häufiger von Niedriglöhnen betroffen als Männer mit 16,6 %.
- Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die damit verbundene Lohn- und Rentenlücke zwischen Frauen und Männern (Gender Pay Gap und Gender Pension Gap) ist auch darauf zurückzuführen, dass Frauen den Großteil der unbezahlten Familien- und Sorge-Arbeit (Gender Care Gap) übernehmen. Das führt zu unfreiwilliger Teilzeitarbeit mit entsprechenden Einkommensverlusten. Insbesondere Alleinerziehende unterliegen einem hohen Armutsrisiko.
- Auch Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte arbeiten nach Studien der OECD überdurchschnittlich oft zu geringen Löhnen und sind überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Grund dafür ist, dass viele gut gebildete Menschen mit Migrationshintergrund in Berufen arbeiten, für die sie eigentlich überqualifiziert sind. Das ist nicht nur ein arbeitsmarktpolitischer Missstand, sondern auch eine Verschwendung von volkswirtschaftlichen Ressourcen – und damit ein Nachteil für die gesamte Gesellschaft.
- Der beste Schutz gegen zu niedrige Löhne und zu hohe Ungleichheit sind starke Gewerkschaften, eine hohe Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung.
  - Mitbestimmung macht Unternehmen erfolgreich. Um die Potenziale der Digitalisierung für nachhaltige wirtschaftliche und soziale Innovationen zu erschließen, müssen die Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen stärker mitgestalten können. Sie müssen an den betrieblichen Veränderungsprozessen und schließlich auch an dem wirtschaftlichen Erfolg, den sie mit ihrer Arbeitskraft erwirtschaften, beteiligt werden. Der Vorschlag des Bundesarbeitsministers für ein Betriebsrätemodernisierungsgesetz auf Bundesebene geht daher genau in die richtige Richtung. Ohne das Know-how und das Engagement der Beschäftigten ist kein erfolgreicher Wandel denkbar. Die Beschäftigten sind somit aktive Gestalter/innen des Wandels.

- Neue Erwerbsformen, wie Solo-Selbstständigkeit in digitalen Geschäftsmodellen, werden durch bestehendes Recht nicht vollständig erfasst. Auch Soloselbstständigkeit und digitale Arbeit braucht den Schutz von Sozialversicherungen. Betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Organisation muss Eingang in die digitale Arbeitswelt finden.
- In einer von der Digitalisierung geprägten Arbeitswelt wird die Bedeutung von Weiterbildung und Qualifizierung weiter zunehmen. Die Beschäftigten in NRW verfügen über sehr unterschiedliche Qualifikationen und Fähigkeiten, die sie entsprechend unterschiedlich gut auf kommende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet. Deshalb müssen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ausgeweitet und auf alle Arbeitnehmergruppen und Soloselbstständige zugeschnitten werden.
- Der Arbeitsschutz muss in Zukunft eine größere Bedeutung haben. Im beruflichen Alltag sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit vielen gesundheitlichen Risiken konfrontiert. Der Umgang mit gefährlichen Stoffen, Einsätze auf Baustellen oder Dauerstress und viele Überstunden gefährden die Gesundheit. Dafür gibt es zahlreiche Gesetze und Verordnungen, die Beschäftigte schützen und deren Arbeitsrisiken mindern. Leider halten sich Betriebe nicht immer an die rechtlichen Vorgaben. In drastischer Weise zeigen das die Vorfälle in der Fleischindustrie. Dort, wo die Betriebe ihrer Verantwortung nicht nachkommen, ist die Arbeitsschutzverwaltung des Landes NRW gefragt. Sie kontrolliert die Einhaltung des geltenden Arbeitsschutzes, kann Auflagen erteilen, Bußgelder verhängen oder im schlimmsten Falle sogar Betriebe stilllegen. Daher sind Arbeitsschutzkontrollen ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsschutzes. Doch die Zahl der Kontrollen von Standards zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz ist im Laufe der Jahre eklatant gesunken. Im Zeitraum von 2002 bis 2018 gab es 49,8% weniger Betriebsbesichtigungen der Arbeitsschutzbehörden in NRW. Auch beim Abstand bis zu einer erneuten Kontrolle vergehen in NRW im Durchschnitt 25,5 Jahre. All dies zeigt, dass von einer optimalen Überprüfung des Arbeitsschutzes nicht die Rede sein kann. Arbeitsschutz ist eine betriebliche Aufgabe, aber dort, wo er nicht ernst genommen wird, muss der Staat seine Aufgaben zur Durchsetzung wahrnehmen. Dafür braucht es mehr Personal, um die Kontrollen durchzuführen und gesunde Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu erwirken. Dafür muss die Landesregierung mehr Geld investieren, denn Gesundheit ist das höchste Gut der Beschäftigten.

### III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“ zu starten

Dazu gehört:

- einen Stabilitätsfonds in Höhe von 30 Mrd. EUR für Klimaschutz und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen einzurichten. Der Fonds dient zur Stärkung des Eigenkapitals und zur Verstärkung der Investitionen von Unternehmen, die ihre Geschäftsmodelle und Produktionsprozesse klimaneutral machen wollen. Dazu zählen z.B. Unternehmen der Automobilindustrie im Zuge der Umstellung auf Elektromobilität, Industriebetriebe der Grundstoffindustrie, die ihre Produktion auf der Basis von Wasserstoff umstellen, digitale Lösungen für den lokalen Einzelhandel, soziale Start-ups oder Unternehmen, die zirkuläre Wertschöpfungskonzepte in den Markt bringen.

- ein Klimamasterplan „Innovation Cities NRW“ nach dem Vorbild der „Innovation City Bottrop, der in allen NRW-Kommunen lokale Energiewendeansätze insbesondere im Bereich der energetischen Sanierung und mit quartiersbezogenen Lösungen, vorantreibt.
- Der Ausbau von nachhaltiger Wärmeversorgung, insbesondere durch Fernwärme wie z.B. die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr, auch unter verstärkter Nutzung erneuerbarer Energien.
- die Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ zu starten.

Dazu gehört:

- ein Landesprogramm zur Förderung von Betriebsratsgründungen in NRW, insbesondere im Dienstleistungsbereich und in Branchen mit hohem Frauenanteil.
- eine bundespolitische Initiative zur Stärkung der Rechte von Betriebsrätinnen und -räten.
- die sofortige Schaffung von 1000 neuen Stellen beim Arbeitsschutz, um die Arbeitsschutzverwaltung NRW zu einer modernen und technisch gut ausgestatteten Eingreiftruppe auszubauen.
- eine präventive Arbeits- und Qualifizierungspolitik, die den Ausbau der Weiterbildungsberatung, eine Reform des BAföG und die Einrichtung eines Fachkräftestipendiums nach österreichischem Vorbild beinhaltet.
- sich einzusetzen für eine umlagefinanzierte bundesweite Ausbildungsplatzgarantie.
- eine Initiative zur Anpassung des Arbeits- und Sozialrechts an den digitalen Wandel und klare Regeln für Homeoffice auf Bundesebene.
- ein Förderprogramm, das für Anreize und Angebote im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft sorgt, die zu einer gerechteren Verteilung von unbezahlter Sorge- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen führen.
- die Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“ zu starten.

Dazu gehört:

- die Koppelung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Fördermitteln an die Einhaltung von Mitbestimmung und Tarifverträgen.
- eine bundespolitische Initiative zur Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von flächendeckenden Tarifverträgen in allen Branchen.
- ein „Bündnis für Tariftreue“ zwischen Landesregierung und Tarifpartnern, um nach geltendem Recht mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

- eine bundespolitische Initiative zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von mindestens 12 Euro pro Stunde.
- die Grundsicherung grundlegend zu überarbeiten und zu einem Bürgergeld weiter zu entwickeln.
- den sozialen Arbeitsmarkt weiterzuführen und weiter zu entwickeln.
- eine materielle Aufwertung von Erziehungsberufen (Löhne und Arbeitsbedingungen), insbesondere auch die Einführung einer Ausbildungsvergütung, um den Personalmangel an Kitas zu bekämpfen und um mehr Kitaplätze zu schaffen.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Lisa-Kristin Kapteinat  
André Stinka  
Josef Neumann  
Frank Sundermann  
Christina Kampmann  
Anja Butschkau

und Fraktion